

Simons Rücktritt abgelehnt.

Berlin, 30. Apr. Zu den Nachrichten über eine angelegte Kritik im Kabinett erläßt das WTB. von zuständiger Stelle folgendes: Es ist richtig, daß der Minister des Auswärtigen vor einiger Zeit dem Reichspräsidenten sein Abschiedsgesuch vorgelegt hat. Maßgebend für diesen Entschluß des Ministers war sein Einbruch über die Stillnahme der deutschen O. Frontkämpfer zu seiner Politik. Mit Rücksicht auf die von ihm eingeleiteten Verhandlungen mit Amerika hatte sich der Minister gleichzeitig bereit erklärt, die Geschäfte des Ressorts vorläufig weiterzuführen. Der Reichspräsident hat das Gesuch abgelehnt, da nicht nur das Kabinett die Vorschläge des Außenministers und die Fortführung der von ihm mit Amerika begonnenen Verhandlungen gebilligt hat, sondern auch, wie die Reichstagsdebatte gezeigt hat, die Volkstretung in ihrer großen Mehrheit diese Fortsetzung wünscht.

Kleine politische Nachrichten.

Farbige Truppen fürs Ruhrgebiet.

Berlin, 30. Apr. Nach Mitteilung der Germania sind für die Besetzung des Ruhrgebietes hauptsächlich farbige Truppen in Aussicht genommen, die sich auf dem Transport von Marseille nach dem Rheinlande befinden. Es handelt sich um etwa 24 000 Mann, die bereits früher im Rheinland gehalten haben und unter denen die Marokkaner und Algerier das Hauptkontingent stellen, sowie etwa 20 000 Mann, die von Ägypten her im Kautransport sind und zum größten Teil aus Senegalern bestehen.

Transport farbiger Franzosen in der Richtung Bayern.

München, 30. Apr. Wie der Abendzeitung von plötzl. Beamten mitgeteilt wird, laufen seit 2 Monaten fortgesetzt Truppenkontingente aus der Richtung West Straßburg durch die Pfalz in der Richtung Ludwigshafen, Worms, Darmstadt, welche mit Marokkanern, Senegalesen und Madagassern besetzt sind und nach Aufträgen französischer Offiziere zum baldigen Einmarsch in das rechtsrheinische Bayern über Wöhringen bestimmt sind.

Die französische Kammer verlegt.

Paris, 30. Apr. Die französische Kammer hat gestern beschlossen, sich bis zum 19. Mai zu verlagern.

Für und wider Resolution Knog.

Paris, 30. Apr. Chicago Tribune meldet, daß sich außer den republikanischen zwei demokratische Senatoren gegen die Resolution Knog ausgesprochen haben. Der republikanische Senator Spaulding hat einen Zusatzentwurf eingebracht, die Wiederherstellung des Friedenszustandes mit Deutschland sei dem Vorbehalt der Äbtern in der Reparationsangelegenheit nicht hinderlich. — Nach der Chicago Tribune wird über die Resolution am Montag abgestimmt werden.

Rumänischer Einfluß an die kleine Entente.

Paris, 30. Apr. Die Chicago Tribune aus Brüssel meldet, hat die rumänische Regierung sich endgültig entschlossen, der kleinen Entente beizutreten.

Die Kosten für die Besetzung des Ruhrgebietes.

Paris, 30. April. Wie Paris am 29. April im „Echo de Paris“ aus London berichtet, sind als Kosten für die Besetzung des Ruhrgebietes im ersten Monat 100 Millionen Franken vorgezogen, in den weiteren Monaten etwa 80 Millionen. Ferner sei als wirtschaftliche Maßnahme außer der Besteuerung der Kohle mit 20 Goldmark eine 50prozentige Exportsteuer, sowie eine 30prozentige Beteiligung an der Industrie vorgesehen. Dieses System, meint Paris, könne auf ganz Deutschland als ein Devisenmittel angesehen werden.

Der Dank Deutschlands für die amerikanische Hilfe.

Der Reichspräsident richtete an den Vorstehenden des American Relief Administration European Children Fund, Robert Hoover, Secretary of Commerce folgendes Dankschreiben: Berlin, 29. April. Sehr geehrter Herr Hoover! Mit Bedauern habe ich vernommen, daß die American Relief Administration beschloffen hat, den Verkauf der Lebensmittelguthabe Ende April und die Abfertigung von Nahrungsmittelpaketen Ende Juli d. J. einzustellen. Damit geht ein Werk aufrichtiger Menschlichkeit, das Sie in Europas schwerster Zeit ins Leben rufen haben, seinem Abschluß entgegen. Es ist mir ein Vergnügen, Ihnen bei dieser Gelegenheit den aufrichtigen Dank des deutschen Volkes für die Hilfe auszusprechen, die Sie zahlreichen Familien, Müttern und Kindern in Deutschland geleistet haben. Sie haben es durch Ihre unermüdete Organisation verstanden, den Weg zu weisen, auf dem die Welt der Not und der Misere in der amerikanischen Nation ruhen, in die Tat umgesetzt werden konnten. Das deutsche Volk wird das große unter Ihrem Namen in der Welt bekannt gemachte Verdienst nicht vergessen. Das Band der Menschlichkeit, das in den Verleuten der Quäler in Zeiten schwerer Not geknüpft worden ist, wird sich immer fester schlingen und dazu beitragen, das gegenseitige Verständnis der Völker zu fördern, um der Welt die Befreiung u. Befreiung zu bringen, deren Sie so dringend bedarf. Indem Sie an dieser aufbauenden Tätigkeit mitgewirkt haben, haben Sie sich ein Verdienst um die Menschheit erworben, das weit über die Zeit der Tätigkeit Ihrer Organisation hinausreichen wird. Gerne bringe ich diesen Dank, um Ihnen die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung zum Ausdruck zu bringen. (gez.) Ebert.

Amerikanische Milchhüte.

Nach Bremen wird gemeldet, daß gestern Mittag ein zweiter Transport von 718 amerikanischen Milchhüten und 70 Küben glücklich eingetroffen ist.

Die Hansafähde für die schwarz-weiß-rotten Farben.

Wie wir von gut unterrichteter Seite hören, haben die Senatoren der drei Hansafähde schon vor mehreren Wochen den Beschluß gefaßt, gemeinsam im Reichstag den Antrag zu stellen, im Artikel 3 der Reichsverfassung die letzten Worte, die sich auf die Reichsfarben in der oberen Ecke der Flagge beziehen, zu streichen, d. h. eine schwarz-weiß-rote Flagge als Handelsflagge einzuführen. Die Hansafähde haben diesen Beschluß gefaßt, weil sie von der unbestimmten Annahme ausgehen, daß die schwarz-weiß-rote Flagge noch wie vor als Wappentafel deutscher wirtschaftlicher Besitzungen im Ausland angesehen ist und eine Veränderung nur zu überflüssigen

Schwierigkeiten beim Wiederaufbau des deutschen Ansehens führen würde.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 30. Apr. Der Reichstag erledigte gestern zunächst wieder eine Reihe von Anfragen und nahm dann ohne Debatte in 1. und 2. Lesung den von allen Parteien mit Ausnahme der äußersten Linken eingebrachten Beschlusses über die Ergänzung des Gesetzes zur Verfolgung von Kriegsverbrechen an, der den Oberreichsanwalt ermächtigt, auch dann eine Hauptverhandlung anzuknüpfen, wenn kein genügender Anlaß besteht, eine Anklageschrift einzureichen, damit einem unschuldig Verdächtigten die Genugtuung der öffentlichen Freisprechung zuteil werden kann. Dann nahm das Haus die in der Vorwoche abgetragene Beratung der unabhängigen und sozialdemokratischen Anträge auf Aufhebung bzw. Wenderung der Ausnahmebestimmungen über die Sondergerichte wieder auf, wobei der Kommunist Böhmig heftige Angriffe sowohl gegen die Regierung als auch gegen die Nachbarteilnehmer, die Unabhängigen und die Mehrheitssozialisten, richtete und die Kommunisten als die verfolgte Unschuld hinstellte. Reichsminister Dr. Koch wies auf die bekannten Zusammenhänge beim mitteldeutschen Aufstand hin und verteidigte die Haltung der Regierung. Für politische Maßnahmen könne die Reichsregierung nicht verantwortlich gemacht werden, weil ein Gesetzentwurf für eine Reichspolizei bisher am Widerstand der Länder gescheitert sei. Die Sondergerichte seien notwendig, um die Fälle des Materialismus zu bewältigen. Von einer Annahme könne keine Rede sein. Abg. Schwarzer (D.D.P.) trat für die Aufrechterhaltung der Sondergerichte ein. Der Abg. Heimer (D.N.) ging mit dem Kommunisten Harf ins Gericht. Die Sondergerichte könnten nicht entbehrt werden, doch sei er mit dem sozialdemokr. Antrag, die Jugendlichen den Sondergerichten zu entziehen, einverstanden. Er kritisierte das Verhalten von Seiwertig u. Kösting, dankte der Sippe, der Reichswehr und den Eisenbahnern und verlangte Fürsorge für die bei dem Aufstand Verunglückten und die Hinterbliebenen der Gefallenen, ferner eine Verschärfung des Dynamitgesetzes und angeht des drohenden Wiederaufbruchs des mitteldeutschen Aufstands die Bildung einer Flur- und Ortskommission. Nachdem Reichsminister Koch die parteipolitischen Angriffe des Vorredners auf die Reichsregierung zurückwies und die Abg. Heimer (D.D.P.) und Kösting (Komm.) sich gegenwärtig die Meinung gefaßt hatten, wobei letzterer zum Schluß erklärte: „Wir werden die Arbeiterschaft zu neuen Kämpfen aufrufen, sobald die Gelegenheit und dazu günstige Verhältnisse“ schloß die Aussprache, worauf sich das Haus um 8 Uhr auf nächsten Dienstag um 2 Uhr verlegte. II. a. steht für diese Sitzung eine Interpellation betr. die Aufhebung der Zwangswirtschaft auf der Tagesordnung.

Jam Branntweinmonopol.

Zum Entwurf des Branntweinmonopolgesetzes richtete der Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft an die Reichsregierung, den Reichstag und den Reichswirtschaftsrat eine Eingabe, in der er an sich gegen die Erhöhung der Abgabe pro Hektoliter Branntwein keinen Einspruch erhebt, aber diese Erhöhung des Branntweins, die als äußerste Notwendigkeit wird, auf die Dauer von drei Jahren zu beschränken. Der Reichsausschuß beklagt, daß die Dauer der Erhöhung des Branntweins einen Rückgang der landwirtschaftlichen Erwerbskraft, von denen die Entwicklung des deutschen Kartoffelbaues abhängt. Die Umarbeitung des Monopolgesetzes sei überdies nicht so dringlich, wie es der Entwurf annehme. Wie zu erwarten war, tritt der Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft für Beibehaltung des Mindestpreises des Brennereigewerbes bei Festlegung des Branntweinpreises und der Verkaufspreise ein und protestiert gegen die Vermehrung des Jahresbrennereis durch den Reichsfinanzminister über die Reichsmonopolverwaltung. Von der Erweiterung der durch das Monopolgesetz gezogenen Grenze für die Erzeugung, namentlich von Corbid Spiritus beklagt die Eingabe eine Behinderung der landwirtschaftlichen Brennereien (mit Unrecht, da speziell Corbid Spiritus für die Herstellung von Trinkbranntwein nicht in Frage kommt). Schließlich wendet sich der Reichsausschuß auch gegen die Vollfreiheit bei Einfuhr durch die Reichsmonopolverwaltung.

Aus Stadt und Bezirk.

Magdeburg, 2. Mai 1921.

* Dienstaussichten. Die Oberpostdirektion Stuttgart hat li. Staatsangehörige vom 30. April eine Postfachstelle der Postamtlerin Maria Sauer in Wildberg übertragen.

* Gemeinderatsitzung vom 27. April. Der Vorsitzende Stadthalter Mayer teilte mit, daß nach Auskunft der Wohnungsbau- des Ministeriums der Innern neuer Bauverträge für höchstens 8-10 Wohnhäuser für Magdeburg in Aussicht stehen. Ihre Aufzählung erfolgt erst, wenn vom Reichs- oder Landesbau Ministerium oder ein ähnliches Gremium verabschiedet und durchgeführt ist. — Die Vereinigten Werkstättenleiter sind bereit, ein bescheidenes Wohngebäude an der Calvestraße, enthaltend 4 Drei- und 2 Zweizimmerwohnungen, nach Abzug der Baudarlehen um 130 000 M zu übernehmen. Der Gemeinderat stimmt diesem Angebot einstimmig zu und beschließt die alsbaldige Vergebung der Maurer- und Zimmerarbeiten. — Für die Räumung des Stadtschultheimens wird die Anschaffung eines Verordnungsapparats auf Glas zum Preis von 750 M genehmigt. — Von einer Klage für den Fremdenverkehr auf Rosen der Stadt soll aus den bekannten Gründen auch heute noch einmal abgesehen werden. — In Sachen der Fahrpläne auf der Reichenbahn nach Alvensleben ist beim Stadtschultheimrat von der Eisenbahn Generaldirektion folgender Erlaß vom 23. April 1921 eingegangen: Es ist jetzt endgültig vorgezogen, den Zug 2 Alvensleben-Magdeburg mit Abgang in Alvensleben um 5.10 und Ankunft in Magdeburg-Bahnhof um 6.03 vorm. vom 1. April bis 30. September täglich und vom 1. Oktober bis 31. März Sonn- und Feiertags und den Zug 4 im bisherigen Fahrplan vom 1. Oktober bis 31. März Westtags zu fahren. Der Westzug 52 wird wegen der Witterungsänderung vom 1. Juni bis 15. September verkehren Alvensleben ab 6.30, Magdeburg-Bahnhof an 7.53 vorm. Auf Ihren beabsichtigten Wunsch wird der Westzug verkehrsmäßig zur

Personenbeförderung freigegeben werden, jedoch ohne daß A in den öffentlichen Fahrplan aufgenommen wird. Wenn davon nicht genügend Gebrauch gemacht wird, wird die Personenbeförderung wieder aufgehoben werden. Der Zug 4 kann im Winter wegen des Rangierbetriebes in Magdeburg-Bahnhof nicht, wie gewünscht, später gelegt werden. Sonn- u. Feiertags wird vom 1. Juni bis 15. September von Alvensleben bis Magdeburg-Bahnhof ein besonderer Westzug gefahren werden mit Anstich an den Witterungs- nach Vorzügen, aber ohne Personenbeförderung. In Kosten der Westzüge hat die Stadtgemeinde Magdeburg einen Beitrag zu leisten.

* Das Gesetz über die Grundschule. Dem Reichstag ist der Entwurf des Gesetzes zur Ausführung des Art. 146 II der Reichsverfassung zugegangen. Unterchieden werden 1) Gemeindefachschulen, in denen Religionsunterricht erteilt wird und nach anderer Bestimmung des Landesrechts ist und zur Ermöglichung privaten Bekenntnis- oder bekenntnisfreien Moralunterrichts Schulräume zur Verfügung gestellt werden; 2) Bekenntnisfreie Schulen, die zulässig sind, wenn zur Pflege des Bekenntnisses eine Körperschaft des öffentlichen Rechts besteht; in ihnen sind die allgemein bestehenden Lehrpläne und die allgemein gebräuchlichen Lehrbücher zugrunde zu legen; 3) Bekenntnisfreie Schulen, in denen kein Religionsunterricht erteilt wird und im übrigen dieselbe Bedingung gilt wie für die Bekenntnisfreien Schulen. Die Ausgestaltung bleibt landesrechtlicher Regelung überlassen. Hilfsklassen oder Hilfsklassen, sowie Förder- und Begabtenklassen können als bekenntnisfrei oder bekenntnisfrei eingerichtet oder beibehalten werden. Bisherige nach Bekenntnis nicht getrennte Volksschulen mit Religionsunterricht gelten als Gemeindefachschulen und sind unverzüglich nach den entsprechenden Vorschriften einzurichten. In den Ländern Baden und Preußen sowie im ehemaligen Herzogtum Nassau bleibt die gegenseitig bestehende nach Bekenntnis nicht getrennte Volksschule bis auf weiteres erhalten, doch kann durch die Landesgesetzgebung die Durchführung dieses Gesetzes angeordnet werden. Der Reichstag hat einen 17. Paragraphen beschlossen, wonach den Ländern 1/3 der durch die Ausführung des Gesetzes entstehenden Kosten erstattet werden.

* Lichtbildervortrag in der Methodistenkapelle. In seinem am letzten Sonntag abgehaltenen Vortrag behandelte der Missionar Hellmann, daß die von dem Krieg verlorenen Kolonien Neuguinea und Bismarck-Archipel zu den Schönsten, aber auch zu den schwierigsten für die Missionarbeit gehöre haben. Der Missionar zeigte eine große Zahl Lichtbilder aus diesen Kolonien, in welchen er lange Jahre tätig war. Geringe geistliche Nieder umrahmten den Vortrag.

* Erhöhung der Inflationen. Durch das Gesetz über Änderungen in der Unfallversicherung vom 11. April 1921 erhöhen sich für viele Unfallversicherungsbetriebe die Renten infolge Verdoppelung der Zulagen und Erhöhung der sogenannten Dreiteilungsgrenze. Der Verband der deutschen Berufsgenossenschaften tritt hierin mit, daß es keines Antrags der Rentenbesitzer bedürft. Die erhöhten Renten werden von selbst durch die Berufsgenossenschaften und die Post angeordnet. Die verdoppelten Zulagen werden am 1. Mai durch die Post ausgezahlt. Wegen der Erhöhung durch die Änderung der Dreiteilungsgrenze ist allerdings mit einer gewissen Verzögerung zu rechnen, denn bevor Ausführendbestimmungen des Reichsversicherungsamts erschienen sind, können die Berufsgenossenschaften das Gesetz nicht anführen. Die jetzt unter 21. April erschienenen Ausführungsbestimmungen betreffen aber nur die Zulagen, noch nicht die Dreiteilungsgrenze. Bei der sehr großen Zahl Fälle, die in Betracht kommen, kann die Erledigung auch nach dem Erscheinen der Ausführungsbestimmungen nicht für alle Rentenbesitzer gleichzeitig erfolgen. Durch Antragen bei den Berufsgenossenschaften entstehen aber nur Postkosten, Schreibarbeit und, wenn sich die Anträge häufen, möglicherweise eine weitere Verzögerung.

* Vollversammlung des Reichsverbandes des deutschen Handwerks. Die für den 3. Mai in Aussicht genommene außerordentliche Vollversammlung des Reichsverbandes des deutschen Handwerks ist mit Rücksicht auf die Entwicklung der politischen Verhältnisse verschoben worden. Sie wird voraussichtlich in der Woche vom 13.-18. Juni stattfinden.

* Die Erhöhung der Auslandstelegrammgebühren. Die am 1. April eingetretene Erhöhung der Telegrammgebühren nach dem Auslande hat in Interessentenkreisen zu der Annahme geführt, als ob das Reich dadurch eine Erhöhung seiner Einnahmen erzielen würde. Das ist nicht der Fall. Das Reich soll durch diese Maßnahme lediglich vor Verlusten geschützt werden, nachdem die fremden Verwaltungen jetzt mit Bezug auf die Gebühren des Reichs Postkontrollen verlangen, daß das Reichgebühren die ihnen zuzurechnenden Anteile an der erhöhten Telegrammgebühren in Goldmarken erhalte, erredet auf dem Weg über den amerikanischen Dollar (5,125 F.), der jetzt als Maßstab für Goldzahlung angesehen werden wird. Deshalb möchte der in Deutschland zu erhebende Mark-Bezug der in Frankreich festgelegten Telegrammgebühren dieser Maßgabe angepasst werden was im großen und ganzen eine Verbilligung der bisherigen Sätze bedeutet (13.4 statt 13.45 für ein F.). Das Reichspostministerium hat sich zu dieser neuen Regelung mit Rücksicht auf den harten Konkurrenzkampf des deutschen Handels erst entschlossen, nachdem Vertreter des Reichsministeriums, des Reichsfinanzministeriums, des Reichsbankdirektoriums, des Reichsministeriums für Handel und Gewerbe und des Reichsgerichtsrats in mehreren Verhandlungen übereinstimmend anerkannt haben, daß die Erhöhung nicht zu umgehen ist, weil die großen Verluste nicht der Allgemeinheit der Steuerzahler aufgebürdet werden können. Bei der Anwendung des neuen Erhebungssatzes wird möglicher Schonus verfahren; er wird allmählich nach dem Durchschnitt der letzten drei Monate ermittelt und geändert, wenn die Abweichungen 10 Proz. übersteigen.

Zur Erhöhung der Fernspreckgebühren.

Eine Berliner Mittagszeitung behauptet, daß sich im Reichstag im vorigen Jahr eine Mehrheit für die Annahme des Gesetzes vom 6. Mai 1920 betreffend die Telegraphen- und Fernspreckgebühren und die Zahlung des einmaligen Fernspreckbeitrags nur auf Grund der bindenden Zusage der Postverwaltung gefunden habe, daß mit dieser Fernspreckanleihe und der gleichzeitigen Erhöhung des Fernspreckbeitrags weitere Tarifveränderungen ausgeschlossen seien und daß die dadurch dem öffentlichen Interesse entzogen würden, um die Fernspreckeinrichtungen in großstädtigen, den wachsenden Verkehrsbedürfnissen entsprechenden Weise auszubauen. Diese Behauptung entspricht nicht den Tatsachen. Die Postverwaltung hat niemals eine dahngebende Erklärung abgegeben. Der einmalige Fernspreckbeitrag war überhaupt nicht dazu bestimmt, die Fernspreckeinrichtungen in großstädtigen, den wachsenden Verkehrsbedürfnissen entsprechender Weise

aufzubauen, m
Krieges 5 Joh
Wann, vor de
verfügbarer M
zu verhalten u
umfangreichen
Fernspreckbeitr
bedarf das den
seiner Nutzen,
weitestgehend
ordentlich über
Mittel müssen
neue Einmarsch
von der Post
gefordert werden
lage soll le
Fernspreckbeitr
in dem Staat
Bestimmung
ihre Selbstfö
RH. Der
bandes des d
in Hannover
die große W
Betreiber der
abgeordnete
worden wäre
zu einem Ge
werk und li
Arbeitskräfte
der dem Har
schließen für
verfassungsg
Stadt einzul
deutschen Har
fen wird. I
interessante
Handwerk bu
schaft, Post,
aus Reichs
Fingerringe
wertlichen B
Inhalt dieser
zu machen u
deutsche Har
den 3. Mai
sammlung g
sch, wenn di
gemachten
gefördert wer
triebemittel
nung und L
v. Bon
agenturbien
Gottlieb W
Postdienst u
und Fernsp
Die Telegr
haben. Do
öffentlichen
Postagentur

Ein
Lagen tief
Friedhofen
Schaden an
auf Enten,
Blut zu ge
Scheu nicht
Waldhörn
Gestern W
berichtet, B
dann auch
eine als J
Das ander
geschwimm
r Die
Wagners
eröffnet
ben, die d
unteren W
r Ang
kleinen S
loht Ant
dortigen
gemacht h
Gehaltsz
Anfang u
war sonst
Frage der
sind zu
6 Monate
r W
lung des
liche Kust
den wicht
sind. In
gepomm
Friedhof
Siedle u
Anstellun
r Auf
die Frau
partei, d
Bauert
der neuen
gibt es u
weis in d
englische
Franzen
kommen i
Wir erwa
fies mach
fies un



...weiden, jedoch ohne daß A
...ausgenommen wird. Wenn
...gemacht wird, wird die Per
...hoben werden. Der Zug 4
...angereicherter in Regio-Abf
...ter gelegt werden. Sonn u.
...15. September von Alten
...befor ihrer Wiedergewinnung
...nach Pforzheim, aber
...zu Kosten der Milchzue
...im einen Vertrag zu leisten.
...rundsätze. Dem Reichstag
...Ausführung des Art. 148 II
...1. Unterschieden werden 1)
...Religionsunterschiede abent
...stimmung des Landesrecht
...Bekanntnis oder bekann
...dame zur Verklärung gefelli
...die zulässig sind, wenn zur
...Röprecht des öffentlichen
...e allgemein bestehenden Ver
...schen Behörden zugrunde zu
...in denen kein Religions
...digen dieselbe Behörde
...Die Ausgestaltung bleibi
...Hilfsschulen oder Hülfe
...klassen können als befehl
...ingerichtet oder beibehalten
...müssen nicht getrennte Bette
...stellen als Gemeindefürsorge
...den entsprechenden Vorricht
...in Baden und Hessen, sowie
...bleibt die gefestigte bestehende
...Volkschule die auf weite
...denbestehende die Durch
...art werden. Der Reichstag
...lassen, monach den Bänden
...des Gesetzes entscheidende Ro

Religionskapelle. In
...rie der Missionar Fallmann
...verlorenen Kolonien Neu
...zu den Schritten, aber auch
...Wissenschaft geübt haben.
...Nacht Bilder aus diesen
...Nähe tätig war. Offens
...Vortrag. G.V.

...en. Durch das Reich über
...herung vom 11. April 1921
...überleitet die Renten infolge
...Erhöhung der sogenannten
...der deutschen Berufsge
...daß es keine Anträge der
...Abtäten Renten werden von
...haben und die Post ange
...werden am 1. Mai durch
...Erhöhung durch die Renten
...bedingungs mit einer gewissen
...bessere Ausführungsbestim
...nicht erschienen sind, können
...eig nicht ausführen. Die
...Ausführungsbestimmungen
...noch nicht die Verteilungs
...Jahre Fälle, die in Betracht
...nach dem Verschwinden der
...für alle Rentenbegleiter
...gen bei den Berufsgenossen
...stellen, Schreibarbeit und
...möglichst eine weitere

Handwerksverband des deutschen
...tal in Aussicht genommen
...des Reichsverbandes des
...auf die Einmündigung der
...worden. Sie wird vorau
...18. Juni stattfinden.

Vertragsangelegenheiten. Die am
...genommene nach dem Vor
...Annahme gefällig, die ob das
...lassen werden sollte. Das
...nach diese Maßnahme lediglich
...die fremden Staatsangehörigen
...sollte die Diskonanz des
...den Anleihe an der
...er, erachtet auf dem Weg über
...der zuerst als Maßstab für
...Deshalb möchte der in Deutsch
...in Frankreich selbigen Teiler
...werden was im großen und
...an Höhe bedeutet (13.4 hat
...sicherung hat sich zu dieser neuen
...Kampfs des deutschen
...trier des Reichsverbandes
...Reichsverbandes, des
...in Ministerium für Handel und
...in über Verhandlung über
...Erhöhung nicht zu umgehen sei.
...einigkeit der Staatsverträge auf
...endung des neuen Vertragsge
...ren; er wird allmählich nach
...ermittelt und geändert, wenn

Rechnungsgebühren.
...behauptet, daß sich im
...Rechnung für die Annahme
...1920 betreffend die Tele
...und die Zahlung des ein
...Grund der hinderlich
...gefunden habe, daß mit
...leichtigen Erhöhung des
...jungen angelegten seien
...ummen ausreichen würden,
...größtenteils, den wachsen
...den Weise auszubauen.
...den Tauschen. Die Reichs
...abhängende Erklärung
...brechtvertrag war überhaupt
...einrichtungen in großstädt
...nissen entsprechender Weise

aufzugeben, weil das Fernsprechnetz, das seit Ausbruch des
Krieges 5 Jahre hindurch nicht instand gesetzt werden
konnte, vor dem Zusammenbruch stand. Mangel sonstiger
verfügbaren Mittel mußte damals, um diesen Zusammenbruch
zu verhindern und die in dem Fernsprechnetz aufgetretenen
unfassenden Schäden wieder zu beseitigen, der einmalige
Fernsprechnetzbeitrag aufgebracht werden. Unabhängig hiervon
bedarf das deutsche Fernsprechnetz einer starken Vermehrung
seiner Linien, weil namentlich die Verbindungen des Fernsprechnetzes
infolge starker Zunahme dieses Verkehrs außer
ordentlich überlastet sind. Die für diesen Zweck erforderlichen
Mittel müssen erst noch verfügbar gemacht werden. Der
neue Entwurf des Fernsprechnetzes, dessen Vorlage
von der Nationalversammlung in Weimar vor Jahresfrist
gefordert wurde, hat hiermit nichts zu tun. Durch diese Vor
lage soll lediglich sichergestellt werden, daß die Ausgaben des
Fernsprechnetzes einschließlich der Kosten des Kapitaldienstes
in den Planarbeiten fortan gedeckt sind, daß die Telegrafien
Verwaltung also auf Grund der neuen Fernsprechnetze
ihre Selbstkosten gedeckt erhält.

RI. Der geschäftsführende Ausschuss des Reichs
verbandes des deutschen Handwerks hielt im Bundesratshaus
in Hannover eine Ausschussung ab, zu der im Hinblick auf
die große Wichtigkeit der vorliegenden Verhandlungspunkte
Vertreter der Reichs- und Staatsbehörden sowie Reichstags
abgeordnete aus den Kreisen des Handwerks hinzugezogen
worden waren. In erster Beratung wurden die Vorschläge
zu einem Gesetzentwurf über die Berufsvertretung des Hand
werks und über den Versuch, das Beschäftigten in einem
Arbeitsvertrag zu regeln, eingehend behandelt. Angesichts
der dem Handwerk jetzt drohenden Gefahren wurde be
schlossen, für den 3. Mai d. J. eine außerordentliche Voll
versammlung des Reichsverbandes nach einer länderweisen
Vorversammlung der Reichsverbände nach einer länderweisen
Stadt einzuberufen, in der die Vertretung des gesamten
deutschen Handwerks in aller Öffentlichkeit dagegen ankäm
fen wird. Den Schluß der Verhandlungen bildeten hoch
interessante Vorträge über die rationelle Betriebsführung im
Handwerk durch den Reichskommissar für gewerbliche Wirt
schaft, Prof. Schilling aus Berlin und Reg.-Rat Bucarius
aus Karlsruhe. Diese Vorträge enthielten so viel wertvolle
Hinweise zur Erhebung der Wirtschaftlichkeit in der hand
werklichen Betriebsführung, daß der Ausschuss beschloß, den
Inhalt dieser Vorträge dem gesamten Handwerk zugänglich
zu machen und über eine durch den Reichsverband für das
deutsche Handwerk zu schaffende Einrichtung auf der für
den 3. Mai d. J. anberaumten außerordentlichen Vollver
sammlung zu beraten. Dem gesamten Handwerk eröffnen
sich, wenn die in dem Vortrage von Regierungsrat Bucarius
gemachten Vorschläge in geeigneter Weise in die Praxis um
gesetzt werden, die besten Aussichten zur Erreichung von Ver
triebsmitteln und damit zu einer ganz wesentlichen Förde
rung und Erhebung der Betriebe überhaupt.

v. Von der Post. Einmütigen, 30. Apr. Der Post
agenturdienst in Einmütigen wurde dem Kriegsbefehlshaber
Gottlieb Müller selbst übertragen. Seit 26. April ist hier der
Postdienst vom Eisenbahndienst getrennt und der Telegraphen
und Fernsprechnetz mit dem Postagenturdienst vereinigt.
Die Telegraphenämter im Ort Einmütigen wurde aufge
hoben. Der Telegraphenamt auf dem Bahnhof besorgt den
öffentlichen Telegraphendienst während der Dienstreise der
Postagentur Einmütigen.

Württemberg.

r. Ein Jagdereignis. Calw, 29. Apr. Bei einigen
Tagen trieb sich in der Regold innerhalb der Stadt eine
Falkenfamilie herum, die an dem Fiskusland erheblichen
Schaden anrichtete. Gleichzeitig machten die Falken auch Jagd
auf Enten, denen sie die Köpfe abhießen, um lediglich das
Blut zu genießen. Die Tiere zeigten sich nicht gar fern
von der Stadt, so daß man sie tagsüber brennend zwischen der
Waldhornbrücke und der Insel herumschwimmen sehen konnte.
Während Abend heile sie nun, wie das Calwer Tagblatt
berichtet, Beobachter J. Reich auf dem Anstand, und er konnte
beim auch bald eines der Tiere erlegen, als es gerade auf
eine als „Lodogel“ auf das Wasser gelassene Ente loslief.
Das andere Tier ist mit den Jungen die Regold aufwärts
geschwommen.

r. Die Margalautolinie. Freiburg, 1. Mai. Die
Margalautolinie, die von Freiburg nach Gorbach ist heute
eröffnet worden. Damit ist eine Eisenbahn geschaffen wor
den, die bis hierher ganz schlechten Verkehrsverhältnissen des
unteren Margalautin gebietes getragen.

r. Angestellter Beamter. Stuttgart, 29. Apr. Vor dem
hiesigen Schwurgericht stand der 24 Jahre alte Postpro
kurist Anton End von Ehlingen, der im vorigen Herbst beim
hiesigen Postamt 2400 M unterschlagen und falsche Einträge
gemacht hat. Anfangs dachte er seine Unterschlagungen bei
Schlichtungen. Die Urteile an seinem Vergehen ist der
Umhang mit Franzosenmünzen. Sein dienstliches Verhalten
war sonst durchaus tadellos. Die Geschworenen bejahten die
Frage der Amtsentziehung, billigten aber mildernde Um
stände zu, so daß End zu der gesetzlichen Mindeststrafe von
6 Monaten verurteilt wurde.

r. Württembergische Ausstellung über Inhalt und Wir
kung des Friedensvertrags. Stuttgart, 28. Apr. Die sach
liche Aufklärung über den Vertrag von Versailles gehört zu
den wichtigsten Aufgaben, die in der Öffentlichkeit zu leisten
sind. In Ergänzung der durch Broschüren und Vorträge
begonnenen Aufklärungsarbeit soll eine Ausstellung über den
Friedensvertrag eingerichtet werden, die durch möglichst viele
Sätze und Originalen Württemberg wandern wird. Die
Ausstellung soll Anfangs Juni eröffnet werden.

r. Aufseher der milit. Frauenstruppen. Stuttgart, 30. Apr.
Die Frauenstruppen der Bürgerpartei, der Deutschen Volks
partei, der Zentrumspartei und der Deutschen demokratischen
Partei erlassen einen Aufruf, in dem es heißt: Angesichts
der neuen ungeheuren Verwüstung durch unsere Feinde
gibt es nur eine Notwehr, eine Gegenmaßnahme, die größtenteils
in die Hände der Frauen gelegt ist: Der Verzicht auf
englische, französische und belgische Waren. Wir fordern alle
Frauen auf, keine Waren zu kaufen, die aus diesen Ländern
kommen und in den Läden stets nach der Herkunft zu fragen.
Wir erwarten von der Einsicht unserer Frauen, daß sie dies
wahrlich nicht große Opfer, als den Lebensnotwendig
keiten unseres Volkes dienend, gerne bringen.

r. Einbruch. Ulm, 28. Apr. Dieser Tage
wurde in ein Gewandhaus eingedrungen und 4.000 M
gehoben. Die Kleider und Kleider waren gewaltsam erbrochen
worden. Von dem Täter hat man bis jetzt keine Spur.

r. Amtsentziehung. Rottweil, 29. Apr. Vor dem Schwur
gericht stand der Schuldlose Mannhals Schmitt von Rottweil
wegen Unterschlagung im Amt. Er war zuletzt als
Eisenbahnprokurist in Dornstetten tätig und hat aus der ihm anver
trauten Kasse 500 M weggenommen und die Bücher ent
sprechend gefälscht. Schon im Dezember v. J. wurde er vorläufig aus
dem Dienst entlassen, weil er aus der Kasse 100 M unterschlagen
und dann im Januar d. J. größere Sätze durchgeföhrt hat.
Ueber diese letzteren Verhältnisse ist noch kein Urteil erlassen.
Die Strafkammer verurteilte ihn aber am 19. März ds. J. wegen
Schwurgerichts erhöhte 1½ Jahre Strafe auf 1 Jahr wegen der Amtsent
ziehung in Dornstetten.

r. Ein interessanter Fund. Ehingen, 29. Apr. Dieser
Tage wurde in den Behältern der Dampfheizung Emil
Brüningler & Co. ein 1½ Meter langer Strohstängel eines
Mammut gefunden und „E. H. St.“ von F. Werner und
F. Brüningler in sachkundiger Weise aufgearbeitet. Bekannt
lich lebte das Mammut in unserem Lande in der Nachzeit,
als nach dem Rückzug der Gletscher ein trodenes Klima
teils arktisch-alpinen, teils subarktischen zeigte, wie es jetzt
etwa Sibirien ausweist. Der Fund wird demnach in der
Mammutausstellung, wo schon ähnliche aus obiger Gegend
stammende Knochenfunde aufbewahrt sind, seine Ausstellung
finden.

r. Schweinemarkt. Weilerstadt, 29. Apr. Der Wochen
schweinemarkt war besetzt mit 92 Stück Milchschweinen;
bezahlt wurde für 1. Qual. 410-450 M, 2. Qual. 360 bis
400 M. Bei reger Kauflust wurde der Markt rasch geräumt,
Händlerpreise weniger begehrt.

r. Schweinemarkt. Gaildorf, 29. Apr. Dem heutigen
Schweinemarkt waren zugeführt: 19 Stück Milchschweine, die
alle verkauft wurden zum Preis von 900-1000 M pro Paar.
Umsatz 18000 M.

r. Viehtrieb. Mönchsingen, 1. Mai. In Mönchsingen
wurden bei dem Weiler am Freitag dem Jarenbauer
Jakob Eberhardt auf dem Felde zwei Pferde vom Vieh er
schlagen. Der Besitzer kam mit dem Schrecken davon.

Legte Drahtnachrichten.

Mailfeier.

r. Stuttgart, 1. Mai. Zur Mailfeier der freigewerklich
lich organisierten Arbeiter und Angestellten veranlaßten sich
die Teilnehmer, etwa 3000-4000 Personen, heute vormittag
10 Uhr auf dem Schloßplatz und seiner Umgebung und sa
gen geschlossen mit vielen Fahnen der gewerkschaftlichen Or
ganisationen und Gewerksvereine durch die Charlotten- und
Hohenheimerstraße nach dem Freilichttheater. Nach dem Vor
trag der Dancettate zu Robertpierre durch den Mailherband
unter der Leitung von Obermusikmeister Müller hielt Ge
werkschaftsleiter Adreht eine der Bedeutung des Tages
entsprechende Ansprache. Wenn auch die Hauptforderung,
der Achtundzwanzig, verwirklicht wurde, sei doch die Parole
„Gefahr im Verzuge“. Es gelte die Anspannung aller Kräfte,
um die erzwungenen Positionen zu halten. Der Kampfschrei
set in schärfer Form ein. Es gelte den Kampf um die
sozialistische Wirtschaft, den Krieg dem Krieg. Trotz aller
Hindernisse müsse die Frage der Wiederherstellung der
des internationalen Proletariats sein. Einig und geeinigt
müssen die Arbeitergenossen aller Länder zusammenstehen.
Großes ist noch zu vollbringen. — Nach dem Vortrag einer
Männerchöre mit Mailbelegung unter Leitung von Musik
direktor Wenner, einem Bariton solo des Konzertsängers
Gonzelmann, sowie der Regitation der „Arbeit“ durch Schu
spieler Witten von der Stuttgarter Volkshaus (schloß die
tunig und würdig verlaufene Feier. — Die Kommunisten
hielten ihre Feier auf dem Marktplatz.

Berlin, 1. Mai. Die Mailfeier in Berlin haben bei
starker Beteiligung einen ruhigen Verlauf genommen. In
einem bedauerlichen Zwischenfall kam es nur vor einem Ver
sammlungskreis im Roden Berlin, wo mehrere Hundert
Personen den Passantenverkehr vollständig verhinderten. Als
die Schutzpolizei die Menge aufzubreitete, den Bürgerkrieg frei
zumachen, drang diese sofort auf die Beamten ein und ver
letzte einen Wachen hinterhältig durch einen Messerstich
erheblich. In der Notwehr machte der Beamte von seiner
Schußwaffe Gebrauch und verwundete 2 der Angreifer, davon
einen schwer.

Meinungsverschiedenheiten — Ultimatum.

London, 1. Mai. Das Reutersche Büro meldet, daß die
Sachverständigen der Allierten mit Bestimmtheit darauf re
chneten, zu einem Abkommen zu gelangen, durch das die Mei
nungsverschiedenheiten zwischen den Allierten beigelegt wer
den. Nichts daß die Allierten sofort ins Rahngeliet ein
marschieren, soll Deutschland ein kurzfristiges Ultimatum ge
stellt werden, nach dessen Ablauf die Zwangsmaßnahmen in
Kraft treten sollen, wenn Deutschland sich ablehnend verhält.

Die Vorkerknechte.

London, 2. Mai. (Reuters.) Die Sachverständigen der
Allierten hätten noch sehr übereinstimmend erreicht, als der
Oberste Rat gestern vormittag zusammentrat. Infolgedessen
wurden die Verhandlungen bis nachmittags vertagt. Unterde
ssen erörterten die Sachverständigen die Vorschläge Tolpary,
die besagten, die Meinungsverschiedenheiten der Allierten
beizulegen. Anstatt vor Eröffnung von Verhandlungen mit
den Deutschen sofort ins Rahngeliet einzumarschieren, wür
den danach die Allierten Deutschland ihre Bedingungen
überreichen, die auf Bezahlung der vom Reparationsaus
schuß festgesetzten Friedensschulden, nämlich 6000
Millionen Pfund Sterling, abzielen. Diese Bedingungen
würden von einem kurzfristigen Ultimatum begleitet sein.
Inzwischen würden die Allierten die Zwangsmaßnahmen
vorbereiten, um diese Bedingungen im Falle einer deutschen
Ablehnung durchzuführen. Nach Ablauf des Ultimatum wür
den die Sanktionen unerbittlich in Kraft gesetzt werden.
Tolparys Vorschlag ermöglichte es also Frankreich, seine Vor
bereitungen für die Zwangsmaßnahmen fortzusetzen, für den
Fall, daß Deutschland sich weigere, der Entschlossenheit, den
Reparationen und den Prozeß gegen die Kriegsverbrecher
zugustimmen.

Die Londoner Bankiers gegen weitere Zwangsmaßnahmen.

London, 1. Mai. Laut „Observer“ hat eine Deputation
der City-Bankiers Lord George aufgelegt und wegen aller
weiteren Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland Protest er
hoben, da diese Zwangsmaßnahmen nur zu weiteren Er
schütterungen führen.

Amerika will weiter vermitteln.

Paris, 1. Mai. Nach einem Rotelegramm der „Chi
cago Tribune“ aus Washington soll die Regierung der Ver
einigten Staaten dem Obersten Rat erste Einwendungen
gegen die wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen gegen Deutsch
land übermitteln und erklärt haben, daß sie ihre vermittelnde
Tätigkeit auch dann nicht aufgeben werde, wenn die Befehle
durchgeföhrt werde.

Resolution Krog angenommen.

Washington, 1. Mai. Der Senat hat die Friedensent
schließung des Senator Krog mit 49 gegen 23 Stimmen an
genommen. Senator Lodge, der in einer Rede diese Ent
schließung beifürwortete, kündigte an, daß wahrscheinlich ein
Vertrag mit Deutschland folgen werde, sobald die Befehlskraft
erlangt habe.

Unruhen in Indien.

In Malacca sind Unruhen ausgebrochen. Mehrere
Personen wurden getötet, einige Polizeibeamte verwundet.
Der Telegraphenverkehr ist unterbrochen. In aller Eile sind
Truppen zur Wiederherstellung der Ruhe an Ort und Stelle
geschickt worden.

Legte Kurz-Meldungen.

Der deutsche Vertreter bei der Reparationskommission in
Paris hat die Aufforderung der Kommission, an Beratung
des Jahresplans der Entschädigungen teilzunehmen, als
gegenwärtig unmöglich abgelehnt.

Die Bergarbeiter des Ruhrgebietes hat in Essen
einen Protest gegen die Zwangsmaßnahmen der Entente an
alle ausländischen Gewerkschaften beschlossen.

Das amerikanische Repräsentantenhaus hat mit großer
Mehrheit beschlossen, daß keine Flottenmanövern in Angriff
genommen werden dürfen, bevor Harding eine internationale
Konferenz einberufen habe.

Am Sonntag abend war in Berlin noch keine Antwort
Amerikas auf die Note der deutschen Regierung eingetroffen.
In einer Note der deutschen Reparationskommission an
die Reparationskommission wird festgestellt, daß in der sein
lichen Schadenschätzung 500 Millionen teils zu Unrecht an
gezeigt, teils zu hoch bemessen, teils mehrfach in Rechnung
gestellt worden sind.

Nach französisch-englischen Meldungen werden die Kosten
der Befehle des Ruhrgebietes im ersten Monat auf 100
Millionen, in den weiteren Monaten auf 80 Millionen
Franken geschätzt.

Die Befehle des Ruhrgebietes soll nach dem „Echo de
Paris“ französischerseits nicht als Druckmittel, sondern als
ein dauerndes Band für die Erfüllung der Verpflichtungen
Deutschlands“ angesehen werden.

Nachmittliches Wetter am Dienstag und Mittwoch.
Unbeständig, schwache Regenfälle, mäßig kühl.

Amtliche Bekanntmachungen.

Die Schweinepreise in Oberalfheim und Schillingen
ist erloschen. 2049
Regeld, den 30. April 1921. Oberamt: Müll.

Viehmarkt in Herrenberg
am 10. Mai 1921 und Vieh- u. Schweinemarkt in Vondorf
am 18. Mai 1921.

Für die vorgenannten Märkte am 10. und 18. Mai ds.
J. gelten folgende Vorschriften: 2050

1. Aus Sperr- und Beobachtungsgebieten dürfen keine
Kleintiere zugeführt werden.
 2. Für alle zum Markt gebrachten Kleintiere sind
Sprungzeugnisse beizubringen. Tiere, für die solche
Zeugnisse nicht beizubringen sind, werden nicht zugelassen.
 3. Viehhändler haben tierärztliche, Schweinehändler amt
särztliche Gesundheitszeugnisse beizubringen.
 4. Alle zum Markt gebrachten Tiere müssen vor dem Auf
trieb durch den benannten Tierarzt untersucht werden.
Vor dieser Untersuchung und außerhalb des Marktplatzes
darf ein Handel d. h. ein Feilbieten, An- und Verkauf
der Tiere, nicht stattfinden.
 5. Personen aus verbotenen Orten dürfen den Markt nicht
besuchen.
 6. In Herrenberg beginnt der Viehtriebmarkt um 1/8 Uhr,
der Schweine- und Viehmarkt in Vondorf um 8 Uhr.
Nichtbeachtung dieser Vorschriften wird bestraft.
Zunahmehandeln werden außerdem vom Markt zurück
gemittelt.
- Das Verbot Ziffer 5 erstreckt sich auch auf den am
10. Mai ds. J. in Herrenberg stattfindenden Krämermarkt.
Herrenberg, den 29. April 1921. Oberamt: Risch.

Papierholz - Verkauf.

Die Stadtgemeinde Altfeld veräußert:
Aus Dist. III Langen Berg, Abt. 1: 25 Ru.
VI Brimen, Abt. 3 u. 9: 110 . Papierholz
I-III. A., unsortiert. 2054

Schriftl. Angebote bis Freitag, den 6. Mai
an die Städt. Forstverwaltung.

Schäfte!

nach Maß und Dugend, werden bei billigster Berechnung
in solider Ausführung angefertigt, auch bei Lager des
Materials, von
Hans Erhardt, Schäftefabrikation,
Tuttlingen, Sodasterstraße 67.
Kauf-Verbindung zugestrichelt.



